

Beschlußempfehlung

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zum Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/360 —

Lage in Chile

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 10/360 — abzulehnen;
- b) folgende EntschlieÙung anzunehmen:

Eingedenk der vielfältigen traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und chilenischen Volk verfolgt der Deutsche Bundestag mit Aufmerksamkeit und Sorge die Entwicklung in Chile. Er verurteilt grundsätzlich und weltweit die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele und spricht die Erwartung aus, daß die beiden auch von Chile ratifizierten Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen volle Anwendung finden.

Die Verfassung von 1980 versteht die Militärregierung als Übergangsregierung und sieht für 1989 Präsidentschaftswahlen vor. Der Deutsche Bundestag stellt deshalb mit Befriedigung fest, daß es in den letzten Monaten zu ersten Ansätzen eines Dialogs zwischen Regierung und demokratischer Opposition mit dem Ziel gekommen ist, rascher als ursprünglich vorgesehen, eine politische Öffnung und einen Übergang zur Demokratie zu erreichen. Der Deutsche Bundestag würde es begrüßen, wenn das im Rahmen des Dialogs von der Regierung angekündigte Ziel vorgezogener Parlamentswahlen sobald wie möglich verwirklicht werden könnte.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Wiederherstellung freiheitlich demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Chile zum frühestmöglichen Zeitpunkt beizutragen,
- alle in Chile an dem neuen Dialog Beteiligten, insbesondere die Träger der staatlichen Gewalt, dazu anzuhalten, die Bemühungen um einen friedlichen Übergang zu demokratischen Verhältnissen zu intensivieren und dabei auf jede Gewaltanwendung zu verzichten.

Der Deutsche Bundestag hat zur Kenntnis genommen, daß durch einige Zugeständnisse der Militärregierung, insbesondere durch die Rückkehrerlaubnis für Zwangsexilierte, Fortschritte gemacht wurden, daß aber die Menschen- und Bürgerrechte immer noch nicht voll wiederhergestellt sind. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihren Einfluß bei der chilenischen Regierung dahin gehend auszuüben, daß diese

- alle Voraussetzungen für ein ungehindertes Wirken der demokratischen Parteien schafft,
- die gewerkschaftlichen Rechte wieder voll herstellt,
- alle Personen freiläßt, die sich aus politischen Gründen in Haft befinden, das Schicksal der zwischen 1973 und 1977 Verschollenen voll aufklärt sowie polizeiliche Übergriffe auf die Bevölkerung abstellt.

Der Deutsche Bundestag versichert dem chilenischen Volk, daß ein freiheitlich-demokratisches Chile mit der Freundschaft und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann.

Bonn, den 22. Februar 1984

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Marx	Klein (München)	Voigt (Frankfurt)	Schäfer (Mainz)	Frau Gottwald
Vorsitzender	Berichterstatter			